

„Die Eiche“ Organ des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Deutschlands (G.-V.)

Abonnementpreis pro Monat 50 Pf.
Bestellungen siehe man an den
Verlag: Gewerkschaft der Holzarbeiter
Deutschlands
Berlin N.O. 25, Gieselerstr. 222

Alle Zuschriften für die „Eiche“ an G. Varnholt, Ulm a. D., Rindstr. 47, Telefon 1448
Alle für den Hauptbüro des Gewerkschaftsvereins bestimmten Briefe sind zu adressieren
Gewerkschaft der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin N. O. 25, Gieselerstr. 222
Einschlägige Zuschriften an H. G. K. M. Gieseler, Berlin N. O. 25, Gieselerstr. 222.
Postfachnummer 29 621 beim Postamt Berlin N. W. 7. Telefon Berlin Alexander 4720

Abgeben die 4-gelaperte Wertstempel
20 Pfennig
Arbeitsmarkt 15 Pfennig
Ortsvereinsangelegen 10 Pfennig

Ein deutliches Warnungszeichen.

Wenn diese Nummer der „Eiche“ in die Hände Ihrer Leser gelangt, ist die Entscheidung bereits gefallen, ob es im englischen Bergbau, sowie in den übrigen Industrien zu einem Niesenkampf gekommen, oder ob in zwölfster Stunde eine Einigung erzielt ist.

Man könnte sagen, was kümmern uns die englischen Vorgänge, wir haben mit unseren Sorgen hier in Deutschland vollauf zu kämpfen. Das letztere ist wohl richtig, doch entwickelt sich zur Zeit in England eine Episode, die auch für uns außerordentlich beachtenswert erscheint und die für unsere gesamte Industrie, vor allem für die deutsche Arbeiterschaft, ein deutliches Warnungszeichen bedeutet.

In aller Erinnerung dürfte noch sein, daß im Juli 1925 der Kampf im Bergbau und sein Hintbergreifen auf die gesamte englische Industrie nur dadurch vertieben oder vielmehr verschoben wurde, daß die englische Regierung sich bereit erklärte, bis zum 1. Mai 1926 an die Bechenbesitzer staatliche Zuschüsse zu zahlen, damit die Löhne und Arbeitszeit der Bergarbeiter in der bisherigen Höhe bestehen bleiben. Es wurde damals außerdem von der Regierung beschlossen, eine Kommission einzusetzen, zur Untersuchung der wirtschaftlichen Lage des englischen Bergbaues. Diese Kommission sollte praktische Vorschläge ausarbeiten, damit ab 1. Mai, das heißt mit Fortfall der staatlichen Zuschüsse, ein Zustand geschaffen würde, der den Frieden im Bergbau sichert, das heißt, der einerseits den Bechenbesitzern eine Kapitalrente, andererseits den Bergarbeitern auskömmliche Lohn- und Arbeitsbedingungen gewährt. Der Bericht der Kohlenkommission geht nach den Berichten der Tagespresse darauf hinaus, die Löhne der Bergarbeiter um 11 Prozent zu reduzieren, das heißt, diese Löhne auf den Stand von 1921 zurückzuführen, wo sie sich 20 Prozent über den Stand der Löhne von 1914 befanden.

Die Unternehmer hatten von der Kommission eine Verlängerung der Arbeitszeit und eine Beseitigung des nationalen Lohnabkommens verlangt. Dieses nationale Lohnabkommen besteht darin, daß für alle Bergbaureviere ein einheitlicher Minimallohn festgesetzt wird. Zu dem in den verschiedenen Distrikten noch Zuschläge kommen. Dieser Minimallohn wird auch dort gezahlt, und zwar aus einer gemeinsamen Kasse, wo die Bechen mit Unterbilanz arbeiten.

Die Kohlenkommission hat diese beiden Vorschläge der Unternehmer abgelehnt. Desgleichen die Vorschläge der Bergarbeiter, welche die Sozialisierung des Bergbaus und die Beseitigung der Bergregale forderten, das heißt, einer Abgabe von 55 Pf. pro Tonne geförderter Kohle an die Grundbesitzer, die nicht immer identisch sind mit den eigentlichen Bechenbesitzern. Die von der Kohlenkommission zu behandelnde Materie war äußerst schwierig. Sie hat neben der Ablehnung der beiderseitigen Forderungen eine Reihe von Vorschlägen zur Nationalisierung des Kohlenbergbaues in England gemacht. Diese Vorschläge, wenn sie durchgeführt werden, würden sich erst in späterer Zeit auswirken.

Die Durchführung derartiger Reformen ist angesichts der großen Zersplitterung des englischen Bergbaues nicht so einfach. Es gibt nach der Statistik in England rund 2500 Bechen, die in 1400 Unternehmungen zusammengefaßt sind. Von diesen 1400 Unternehmungen beschäftigen nur rund ein Drittel mehr als 500 Personen. Rund die Hälfte beschäftigt weniger als je 100 Personen. Die erste Voraussetzung für die Steigerung des Ertrages wäre eine Zusammenlegung der kleinen Bechen. Dieser Zusammenlegung stehen die Bechenbesitzer den größten Widerstand entgegen. Die Konkurrenzfähigkeit des englischen Kohlenbergbaues ist durch diese Rückständigkeit fast ins Hintertreffen gekommen. Hinzu kommt, daß nach dem Kriege die Vereinigten Staaten infolge ihrer ungemein günstigeren Verhältnisse ihre Produktion wesentlich steigern konnten

und in England aus den von diesen besonders belieferten überseeischen Ländern, verdrängt hat. Die englische Kohlenausfuhr ist von 88 Millionen Tonnen im Durchschnitt der Jahre 1909 und 1913 auf 69 Millionen Tonnen im Jahre 1925 zurückgegangen. Dieser Rückgang ist um so bemerkenswerter, als für die zweite Hälfte des Jahres 1925 die Regierung durch Zahlung von Zuschüssen dem englischen Bergbau die Möglichkeit schuf, unter dem Selbstkostenpreis Kohlen auszuführen.

Einen Vergleich zur Förderung der Kohle bringt einen weiteren Beweis für die große Konkurrenz der Vereinigten Staaten im Bergbau. Vor dem Kriege war die Kohlenförderung pro Kopf der beschäftigten Personen fast gleich groß. Im Jahre 1925 betrug sie in Deutschland 234 Tonnen, in England dagegen nur 217 Tonnen, in den Vereinigten Staaten beträgt die Förderung pro Kopf mehr als das Dreifache. Es tritt hier eine ähnliche Erscheinung zu Tage, wie sie der Kollege Erkelenz in seinem Bericht über den amerikanischen Automobilbau gegenüber dem deutschen schildert, nur daß der Gegensatz noch nicht solche trüben Formen angenommen hat.

Die englischen Bechenbesitzer wollen sich unter allen Umständen konkurrenzfähig halten. Sie greifen zu denselben Mitteln, wie unsere deutschen Unternehmer, indem sie ihr Heil in einer verlängerten Arbeitszeit und im Lohnabbau erblicken. Hier, wie drüben, glaubt man den dringend notwendigen Reformen innerhalb der Betriebe nicht die notwendige Beachtung schenken zu dürfen, welche zur Produktionssteigerung und deren Verbilligung unbedingt notwendig sind. Man versucht es mit der Nachpolitik. Man steht am Vorabend einer Entscheidung deren Auswirkung das ganze Wirtschaftsleben weit über die Grenzen Englands erschüttern und die für die Unternehmer wie für die Arbeiterschaft heilsame Lehren bringen kann.

Der außerordentliche Gewerkschaftskongress hat beschlossen, falls in letzter Stunde eine Einigung nicht erzielt wird, den Kampf anzunehmen. Bei Ausbruch des Kampfes haben, nach dem Beschluß des Gewerkschaftskongresses sämtliche Verkehrsorgane, einschließlich Eisenbahnen, Viehtransport, Hafen- und Kanalverkehr, das Druckereigewerbe, einschließlich sämtlicher Tageszeitungen, die Eisen- und Stahlindustrie, Metall- und chemische Industrie, Bauarbeiter mit Ausnahme der mit Spitalarbeiten beschäftigten Arbeiter, die Arbeit niederzulegen.

Alle mit sanitären Arbeiten beschäftigten Arbeitergruppen sollen ihre Arbeit fortsetzen, ebenso haben die Gewerkschaften der Lebensmittelbranche Anweisung, die ungestörte Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zu sichern.

Die englische Regierung hat auch ihre Maßnahmen getroffen. Sie hat noch am Sonnabend den Ausnahmezustand verhängt und sofort Truppen nach den Industriegebieten entsandt, auch die technische Nothilfe ist in Bereitschaft gesetzt.

Hieraus ersieht man, daß alle Vorbereitungen für einen großen erbitterten Kampf getroffen sind und der erste Angriff kann bei Schließen dieser Zeilen bereits erfolgt sein.

Für die deutschen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bedeutet dieser englische Kampf ein deutliches Warnungszeichen.

Es ist ein Kampf um die Nationalisierung, den auch wir in Deutschland auszufechten haben werden. Kollege Erkelenz hat bereits wiederholt in Wort und Schrift zum Ausdruck gebracht: „Das Geheimnis der amerikanischen Industrieentwicklung der letzten fünfzehn Jahre besteht in der fortgesetzten Steigerung der Produktivität und der Kaufkraft der einheimischen Bevölkerung“. Man sucht auch bei uns nicht die Absatzmärkte im Land, sondern im Auslande. Dieselben Ursachen, die zu einer Ein-

engung der Ausfuhr der englischen Kohle geführt haben, engen auch die Ausfuhr der Fertigungsindustrie ein. Durch Herabsetzung der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit wollen die englischen Ackerbesitzer den amerikanischen Vorsprung einholen.

Unter Vernachlässigung des größten und ausgiebigsten Absatzgebietes, nämlich des Inlandes, versuchen auch die deutschen Unternehmer den Export zu heben. Herabsetzung der Löhne, Verlängerung der Arbeitszeit sind nach wie vor die Schlagwörter unerer Arbeitgeberverbände, mit denen man die deutsche Wirtschaft heben will.

In der Arbeitgeberpresse schlägt man dieshalb einen Ton an, der nicht nur brutal, sondern von einer sittlichen Verwilderung Zeugnis ablegt. Bisher hat man sich in den Führungskreisen eine gegenseitige Achtung nicht versagt. Auf einen äußerst bedenklichen Ton ist eine Notiz in der „Holzindustrie“, Organ des Arbeitgeberverbandes für die Deutsche Holzindustrie und des Holzgewerbes, gestimmt. Dort heißt es unter „Streik im mitteldeutschen Holzgewerbe“ unter anderem: „Ob die Parteionzen während des Streiks besondere Zulagen erhalten, wissen wir nicht und ob die besonderen Aufwendungen während desselben erheblich sind, ist auch nicht bekannt.“

An anderer Stelle heißt es: „Bei der Möbelindustrie betragen die Löhne zirka 55 Prozent der Herstellungskosten, (!) dieselbe ist zur Schließung ihrer Betriebe gezwungen, wenn die Löhne nicht herabgesetzt werden und ob sie nach Beendigung der Streikfassen wieder arbeiten kann, ist zweifelhaft.“ Am Schluß heißt es: „Wahrscheinlich kommt es zu umfangreichen Stilllegungen, wenn die Arbeiter nicht selbst die Arbeit fortsetzen und sich von ihren Beitragskalkulieren (!) freimachen.“ Der Verfasser der aus der Holzindustrie gebrachten Zeilen hat offenbar dem früheren Reichsländerverband nicht ganz fern gestanden, vor hat seine Weisheit vor den „Gelben“ geschöpft. Auf jeden Fall ist man bisher mit solchen haltlosen Verdächtigungen nicht umgesprungen.

Unsere Kollegen müssen aus all diesen Vorgängen ihre ernste Lehren ziehen. Der Kampf um die Nationalisierung wird auch bei uns mit ganzer Schärfe einsetzen. Wir haben von unsern Unternehmern eben so wenig Einsicht zu erwarten, wie dies in England der Fall ist. Es gilt daher rechtzeitig alle Vorkehrungen zu treffen, die geeignet sind, das Wirtschaftsleben wieder flott zu machen. Widerstände werden auch wir hier genügend zu überwinden haben. Diese Widerstände können nur mit einer selbstischen fest entschlossenen Arbeiterkraft überwunden werden. Dieser für dies Ziel dringend notwendig geführte Kampf kann früher einsetzen, als uns lieb ist. Es hat daher wenig wert, die Gefahr erst an sich herankommen zu lassen, sondern es erscheint zweckmäßig, alle Vorbereitungen zur Abwehr rechtzeitig zu treffen.

Die Arbeitgeber verlangen, daß die Kollegen zum Verräter an ihrer Organisation werden sollen, indem man keine Beiträge zahlt.

Die Antwort an die Unternehmer muß ein einmütiger Beschluß sämtlicher Ortsvereine über Zahlung erhöhter Beiträge sein. Als weiterer Beschluß muß der feste Zusammenschluß aller Kollegen stärker zum Ausdruck kommen, indem durch rasche Aufklärung der letzte Mann, die letzte Frau der Organisation zugeführt wird.

Sind alle notwendigen Vorbedingungen getroffen, dann werden wir auch den Kampf um die Nationalisierung so bestehen, daß er zum Vorteil der deutschen Arbeiterkraft ausfällt.

Der zur Zeit in England ausgetragene Kampf muß für uns ein deutliches Warnungszeichen sein, alle Gleichgültigkeit beiseite schieben und frühzeitig alle Vorbereitungen zu treffen, um den Kampf, den wir notwendiger Weise führen müssen erfolgreich zu bestehen.

Abbau der Sozialpolitik und der Volkswirtschaft.

Im Reich wie in einzelnen Ländern ist die Reaktion eifrig am Werk, das, was die Arbeiterbewegung in mühevoller Kampftätigkeit in der Übergangszeit nach dem langen Kriege errungen hat, wieder zurück zu machen und die alte Hörigkeit und Abhängigkeit der Arbeiter wieder herzustellen. Auch im preussischen Landtag sind derartige Bestrebungen nachweisbar, gegen die sich der Vorsitzende unseres Gewerkschaftsrings, Landtagsabgeordneter Hartmann, in der Sitzung des Landtages am 24. März mit aller Entschiedenheit gewandt hat. Bei der Beratung des Haushalts des Ministeriums für Volkswirtschaft ist unser Kollege Hartmann diesen reaktionären Bestrebungen entgegentreten. Hartmann führte u. a. aus:

„Zur Frage der Auflösung des Wohlfahrtsministeriums liegt folgender Entschließungsantrag der Wirtschaftlichen Vereinigung vor: Der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium wird ersucht:

1. das Wohlfahrtsministerium mit der Maßgabe aufzulösen, daß die Wohlfahrtsfragen wie früher dem Kultusministerium und die Bau- und Wohnungsfragen dem Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten bzw. dem Ministerium für Handel und Gewerbe übertragen werden.

2. bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, auf der gleichen Linie das Reichsarbeitsministerium, das Ernährungsministerium und das Reichswirtschaftsministerium abzubauen bzw. zusammenzuliegen.

Meine politischen Freunde lehnen diese Anträge strikte ab. Heute ist wirklich nicht die Zeit dazu, einen solchen Beschluß zu fassen. Wir leben in einer Zeit wirtschaftlicher Not, und diese ist am ungeeignetsten, die Frage des Abbaues des Wohlfahrtsministeriums zu besprechen. Wir sind überzeugt, das Wohlfahrtsministerium hat für lange Jahre hinaus noch genügend Arbeit. Es wird noch ein großes Maß Arbeit haben, um die Verpflichtungen zu erfüllen, die seinem Amt bei der Gründung des Wohlfahrtsministeriums übergeben sind. Wir können uns auch nicht vorstellen, wie man vorschlagen kann, daß man die Bau- und Wohnungsfragen dem Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten übertrage möchte. Dieses Ministerium würde dazu am ungeeignetsten sein. Solange die Rwanaswohnungsfrage aufrechterhalten werden muß, so lange der Staat hier fürsorgend eingreifen muß, muß das Wohlfahrtsministerium bestehen bleiben. Wenn jeder erst ein Dach über dem Kopf oder seine eigene Wohnung hat, dann brauchen wir vielleicht ein Wohlfahrtsministerium nicht mehr. Zur Zeit aber ist es notwendig.

Auch Ziffer 2 des Antrages ist unannehmbar. Wie der frühere Berliner Polizeipräsident v. Trogow einmal gesagt hat, möchte ich hier den Ausdruck gebrauchen: „ich warne Neugierige“. In dem Augenblick, wo man in der heutigen Zeit an die Frage des Abbaues des Reichsarbeitsministeriums herangeht, verfehlt man den gesamten Arbeitnehmer eine Schlag in das Gesicht. Das muß mit aller Klarheit ausgesprochen werden. Die Herren von der Wirtschaftlichen Vereinigung scheinen leider nicht zu wissen, wie die Stimmung in Arbeitnehmerkreisen ist. Trotz mancher Mängel muß doch erklärt werden, daß das Reichsarbeitsministerium für die Lohnpolitik eine Notwendigkeit geworden ist, und daß wir ohne eine solche Instanz in vielen Fällen aus den Kämpfen nicht herauskommen würden. Man scheint auch nicht zu wissen, welche Aufgaben das Reichsarbeitsministerium zu erfüllen hat. Es hat über die ärztlichen Angelegenheiten und das ärztliche Versorgungswesen zu wachen. Es hat die Sozialversicherung in allen ihren Zweigen in der Hand; alle Versicherungsangelegenheiten, Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliden-, Hinterbliebenen-, Knappschafts-, Angestelltenversicherung werden vom Reichsarbeitsministerium erledigt. Es hat die Arbeitsverfassung, die Arbeitsgerichtsbarkeit und das Schlichtungswesen in seiner Hand. Es hat das gesamte Arbeitsrecht, den Arbeitsschutz, die Lohnpolitik und die allgemeinen Fragen der Sozialpolitik, internationales Arbeitsrecht und alle diese Fragen in den Kreis seiner Arbeit zu ziehen. Es ist klar, daß ein solches Arbeitsministerium nicht kurzer Hand beseitigt werden kann. Eine Verschmelzung zwischen dem Reichsernährungsministerium und dem Reichswirtschaftsministerium ist, wie ich vor einiger Zeit aus der Presse ersehen habe, ins Auge gefaßt; inwieweit sie sich durchführen lassen wird, ist eine Frage für sich. Wir werden auch gegen diesen Antrag stimmen, weil wir das Reichsarbeitsministerium wie das Wohlfahrtsministerium in Preußen für eine Notwendigkeit halten.

Dann lassen sie mich noch zu dem Antrage des Hauptausschusses Druck, 2553 Stellung nehmen, in dem das Staatsministerium ersucht wird:

die Zuständigkeit der Ministerien baldmöglichst anderweitig zu regeln mit dem Ziele, daß alle sozialen Angelegenheiten, für die im Reich das Arbeitsministerium zuständig ist, in Preußen künftig ebenfalls in einem Ministerium und zwar im Ministerium für Volkswirtschaft bearbeitet werden.

Dieser Antrag steht in einem gewissen Gegensatz zu dem Beschluß, der beim Haushalt des Ministeriums für Handel und Gewerbe hier in der Vollversammlung gefaßt worden ist und ebenfalls auf einem Antrage des Hauptausschusses beruht. Dieser frühere Beschluß des Hauses geht dahin, daß die Bearbeitung der Angelegenheiten der öffentlichen Arbeitsvermittlung und der Berufsberatung im Ministerium für Handel und Gewerbe zu belassen ist, und daß in Erwägungen darüber einzutreten ist, ob nicht auch die Angelegenheiten der Erwerbslosenfürsorge usw. dem Ministerium für Handel und Gewerbe zu übertragen sind. Dieser Beschluß ist bereits gefaßt worden. Wir können dem Antrage des Hauptausschusses nicht zustimmen, weil wir den Widerspruch erkennen, der zwischen diesen beiden Beschlüssen liegen würde.

Ein kurzes Wort zu dem, was diese beiden Ministerien an sich betrifft. Es muß ein Unterschied gemacht werden zwischen der Wirtschaftspolitik und der Wohlfahrt. Wohlfahrtseinrichtungen, die unter der Not der Zeit notwendig sind, müssen vom Wohlfahrtsministerium weiter gepflegt und gefördert werden. Die Wirtschaft aber muß in einem Ministerium bearbeitet werden, das in der Tat Wirtschafts- u. Arbeitsministerium ist. — Für Preußen haben wir ein solches Wirtschaftsministerium und Arbeitsministerium im Ministerium für Handel und Gewerbe. In diesem Ministerium müssen diese Fragen, die die Wirtschaft betreffen, behandelt und weiter gepflegt werden. Im Wohlfahrtsministerium ist die allgemeine Fürsorge zu beraten, die Fürsorge für Jugendliche, für Krüppel, die Fürsorge für die allgemeine Volksgesundheit, für die Wohnungswirtschaft, für die Erwerbslosen usw. Ich bin

So der Meinung, daß die Trennungslinie zwischen Handelsministerium und Volkswohlfahrtsministerium sehr wohl gezogen werden kann, wenn man die Fragen der Wirtschaftsarbeit und der erwerbstätigen Menschen dem Ministerium für Handel und Gewerbe überträgt und die Fürsorgemaßnahmen dem Ministerium für Volkswohlfahrt. Ich würde es für falsch halten, wenn die Fragen des Schlichtungswesens und der Lohnpolitik, die mit unserer Wirtschaft in direktem Zusammenhange stehen, dem Wohlfahrtsministerium übertragen werden sollten. Diese Dinge gehören in das Ministerium für Handel und Gewerbe.

Die Behandlung der Erwerbslosenfürsorge wird für die Dauer in der heutigen Form nicht aufrechterhalten werden können. Wir werden nach und nach zu einer Arbeitslosen- oder Erwerbslosenunterstützung kommen müssen, und dann wird sich zeigen, in welcher Art Arbeitsnachweis und Arbeitslosenversicherung vereinigt werden können oder wie eine Trennung in den verschiedenen Ministerien möglich ist. Heute ist die Erwerbslosenfürsorge lediglich eine wohlfahrtspflegerische Einrichtung. Sie wird anders, wenn sie erst einmal zu einer öffentlich-rechtlichen Einrichtung gemacht wird, bei der jeder, der arbeitslos wird, unter bestimmten Voraussetzungen das Recht auf Unterstützung hat, während jetzt erst die Bedürftigkeitsfrage geprüft wird. Welcher Art aber diese Prüfung der Bedürftigkeitsfrage heute ist, das weiß jeder, der einigermaßen mit der Arbeitnehmerschaft in Verbindung steht und damit zu tun hat.

Bei der Frage der Arbeitslosigkeit ist es notwendig, daß man die Ursachen der Arbeitslosigkeit nachgegangen wird. Das kann nicht in einem Ministerium geschehen, das für Wohlfahrtszwecke errichtet ist; das muß in einem Ministerium geschehen, das mit der Wirtschaft in direkter Verbindung steht.

Der nachfolgende Redner der Wirtschaftlichen Vereinigung, Landtagsabgeordneter Bischoff, trat für den Auflösungsantrag ein. Er vertrat den Standpunkt, daß das Wohlfahrtsministerium an sich nicht überflüssig, aber ein überflüssiges Ministerium sei. Das ist Wortklauberei und kennzeichnete die Verlegenheit, in der sich die Antragsteller befinden.

Man mag über die Notwendigkeit des Weiterbestehens oder der Aufhebung einzelner Ministerien denken wie man will, es bleibt die Tatsache bestehen, daß ein Abbau von Ministerien, die in unserer bedrängten Zeit der allgemeinen Volkswohlfahrt, oder der Aufrechterhaltung, Förderung und dem Ausbau der Sozialpolitik oder der Wiederaufrichtung der Wirtschaft dienen sollen, eine starke Beunruhigung und Erbitterung bei der Arbeitnehmerschaft hervorrufen muß. Diesen Bestrebungen muß in entschiedenster Weise bekämpft werden und gehört mit zu den wichtigsten Aufgaben des Gewerkschaftsrings in nächster Zeit.

Zwei Anordnungen des Reichsarbeitsministers.

In voriger Nummer der „Eiche“ ist in dem Leitartikel gesagt, daß die Gewährung der Kurzarbeiterunterstützung mit dem 1. Mai außer Kraft tritt. Nunmehr ist folgende: „Anordnung über Verlängerung der Kurzarbeiterfürsorge vom 30. April 1926“ ergangen.

Auf Grund der §§ 10 Absatz 1 und 43 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 verlängere ich mit Zustimmung des Reichsrats nach Benehmen mit dem Verwaltungsrat des Reichsamts für Arbeitsvermittlung die Geltungsdauer der Anordnung über Kurzarbeiterfürsorge vom 20. Februar 1926, bis zum 3. Juli 1926.

Der Reichsarbeitsminister.
Dr. Brauns.

Die zweite Anordnung hat folgenden Wortlaut:

„Anordnung über die weitere Geltung der bisherigen Höchstätze in der Erwerbslosenfürsorge“.

Auf Grund des § 10 Absatz 1 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924, verlängere ich nach Benehmen mit dem Verwaltungsrat des Reichsamts für Arbeitsvermittlung die Geltungsdauer meiner Anordnung über eine vorübergehende Erhöhung der Höchstätze in der Erwerbslosenfürsorge vom 17. Dezember 1925, und meiner zweiten Anordnung über eine vorübergehende Erhöhung der Höchstätze in der Erwerbslosenfürsorge vom 27. Februar 1926 (Reichsarbeitsblatt S. 62) bis zum 22. Mai 1926.

Berlin, den 30. April 1926.

Der Reichsarbeitsminister
Dr. Brauns.

Arbeitsmarkt und Wirtschaftslage.

Nach der Zusammenstellung vom 6. April 1926.

Die Wirtschaftslage hat sich im März in einzelnen Industriezweigen verschiedentlich leicht gebessert, ohne daß sich jedoch die Arbeitsmarktlage wesentlich günstiger zu gestalten vermochte. Die vordem nachlassende Anzahl der unterstützten Erwerbslosen ist zwar Anfang

März leicht zurückgegangen; aber ein verringertes Anbrang Arbeit suchender war nur in den landwirtschaftlichen Bezirken festzustellen. In der Industrie trat eine ins Gewicht fallende Wiedereinstellung von Arbeitskräften im März noch nicht zu Tage; es wurden vielmehr verschiedentlich zum Teil noch weiterhin Arbeitskräfte entlassen. Wie in der Großindustrie, war auch im Handwerk zu beobachten, daß einer mit der Jahreszeit zusammenhängenden Geschäftsbelebung, z. B. im Bauhandwerk, sowie auch im Schneiderhandwerk, in anderen Handwerkszweigen eine weitere geringe Verschlechterung gegenübersteht (Berichte der Landesarbeitsämter, der Industrie- und Handelskammern, sowie der Handwerks- und Gewerkekammern.)

Auch nach den Einzelberichten, die aus der Industrie für rund 2 Millionen Beschäftigte vorliegen, zeigt sich eine Gesamtbesserung in der Beschäftigtenzahl, wie im Beschäftigungsgrad der Arbeitskräfte noch nicht. Nach den 3764 Einzelberichten aus den verschiedenen Zweigen der Industrie, die vergleichbare Angaben über den Beschäftigungsgrad im März wie im Februar gegeben haben, ist sogar vom 15. Februar bis 15. März noch eine Verringerung der Gesamtzahl der Beschäftigten um 1,8 vom Hundert (1,34 Mill. gegen 1,37 Millionen im Vormonat) eingetreten. Der Anteil der Beschäftigten in Betrieben mit schlechtem Geschäftsgang, der im Februar 76 v. H. betragen hatte, ist nicht zurückgegangen; er wurde nämlich für die Zeit vor dem 20. März auf 79 v. H. angegeben; für die 14 Tage nach dem 20. März allerdings ließ der Auftragsbestand schlechte Beschäftigung für eine geringere Zahl, für 77 v. H. erwarten.

Im einzelnen läßt sich kurz folgendes über die verschiedenen Gewerbezweige herausheben:

Im Steinkohlenbergbau des Ruhrgebiets ist die arbeitstägliche Durchschnittsziffer der Förderung, die im Januar 345 000 Tonnen, im Februar 335 000 Tonnen betrug, weiter heruntergegangen (wahrscheinlich auf 320 000 Tonnen), und die Zahl der Feierschichten, die wegen Abzugs mangels bis zum 25. März eingelegt wurden, stieg auf 730/326. Der Abzug des Kohlenyndikats wies in den ersten 20 Arbeitstagen des März, verglichen mit der entsprechenden Zeit im Februar, eine Senkung um 11 v. H. auf. Auch in Oberschlesien ist die fördertägliche Leistung im März auf rund 56 000 Tonnen gesunken. Der Abruf ließ bei fast allen Sortimenten zu wünschen übrig. Ebenso wird die Ausfuhr ober-schlesischer Steinkohlen hinter dem Februar erheblich zurückbleiben. Im niederschlesischen Bezirk ging die arbeitstägliche verwertbare Steinkohlenförderung gleichfalls zurück. — Auch die Nachfrage nach Braunkohle ließ nach. Im mitteldeutschen Gebiet wurden Feierschichten wegen Abzugs mangels eingelegt, obwohl erhebliche Mengen von Bricketts auf Stapel gingen.

Im Eisenerzbergbau des Sahn- und Dillgebiets hat sich keine Erleichterung der Lage ergeben.

In der Metallindustrie ist nur eine leichte, teilweise Besserung eingetreten. Nach 280 Einzelberichten ist der Anteil der Arbeitskräfte, die schlecht beschäftigten Betrieben angehörten, von 90 v. H. auf 88 v. H. zurückgegangen. Der Eisen- und Eisenwarenhandel erfuhr eine geringe Belebung des Umsatzes von Frühjahrsartikeln, insbesondere auch von Bauartikeln (ohne daß es jedoch zu größeren Umschlüssen kam — (S.-R. Berlin).

Nach den Feststellungen der Landesarbeitsämter ist jedoch vor allem in den Hauptindustriegebieten Westfalen, Rheinland, Freistaat und Provinz Sachsen, Berlin und Brandenburg die Zahl der Arbeit suchenden noch nicht zurückgegangen; gegenüber einzelnen Besserungsanzeichen, z. B. in Berlin, Hamburg wie auch in Pommern, finden sich weitere Verschlechterungen, wie z. B. Entlassung von Arbeitskräften in Hannover, in der Provinz wie im Freistaat Sachsen und in Württemberg.

Der Maschinenbau hat nach 715 Einzelberichten keine Verbesserung der Gesamtbeschäftigung erfahren. Die Zahl der Beschäftigten in den berichtenden Betrieben ging um 2,8 v. H. zurück; der Anteil der schlecht beschäftigten Betriebe erhöhte sich noch von 87 v. H. im Februar auf 91 v. H. im März.

In Westdeutschland war die Nachfrage nach einzelnen Spezialmaschinen gestiegen.

Im Lokomotivbau gelang es im Berliner S.-R.-Bezirk, einige kleinere Aufträge hereinzunehmen. Im Schiffbau ist die Arbeitsmarktlage uneinheitlich. Einzelne Werften in Stettin, Hamburg, Altona und Flensburg waren aufnahmefähig für Arbeitskräfte; andere Werften, z. B. Schleswig-Holsteins und Mecklenburgs, entließen erneut Arbeitskräfte. Das Reparaturgeschäft war zumeist unbefriedigend.

Der Kraftwagenbau hatte in einzelnen Bezirken (z. B. Frankfurt a. M. lebhaftere Nachfrage und erhöhten Umsatz, in anderen blieb der Geschäftsgang unbefriedigend.

Im Pianofortebau wurden vereinzelt vorkommende Neueinstellungen von Arbeitskräften durch Einschränkung an anderen Stellen wieder ausgeglichen; die Mehrzahl der Betriebe arbeitete nach wie vor nur an drei Tagen in der Woche.

Im Holz- und Schmirstoffgewerbe ergab sich eine wesentliche Besserung des Auftragsbestandes der einzelnen Zweige nicht. Nach 186 Einzelberichten erhöhte sich die Arbeiterzahl ein wenig. Im Freistaat Sachsen wurden Einstellungen von Arbeitskräften in einigen Betrieben ausgeglichen durch Entlassungen bei anderen Firmen. In Schlesien kam es zu weiteren Arbeitszeitverkürzungen und Ar-

Gegen den Preisabbau.

Sehr oft ist die Tatsache zu verzeichnen, daß, wenn ein Geschäftsmann versucht, nach der Devise „Großer Umsatz, kleine Nutzen“ sich selbst und den Konsumenten zu dienen, er Gefahr läuft von seinen lieben Geschäftsnachbarn, die in ihm einen unbequemen Konkurrenten sehen, mit Hilfe des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb zur Strecke gebracht zu werden. Ein solcher Fall hat sich wieder einmal in Mainz ereignet. Gegen eine Firma, die nach einem Inserat Herren-Maßanzüge für 100 Mark abzugeben versprach, erhob der Verein Mainzer Kaufleute Anzeige wegen unlauteren Wettbewerbs. Wenn es vor dem Kriege einen Herren-Maßanzug in nicht gerade schlechtester Manier zu 70 Mark zu kaufen gab, dann sollte man annehmen, daß bei den gegenwärtigen Geldwertverhältnissen das gleiche Stück mit rund 100 Mark, ab mit 50 prozentiger Verteuerung zu liefern möglich sei. Demnach hat der Verein Mainzer Kaufleute in der ersten Instanz Erfolg gehabt und gegen die Firma ein Urteil erwirken können. Freilich hat aber dann das Oberlandesgericht als Berufungsinstanz das Urteil aufgehoben und den im Interesse des Preisabbaues so wenig rühmlich tätigen Verein der Mainzer Kaufleute mit den Kosten bepackt. Uns scheint, daß die Gerichte alle Ursachen hätten, in Anbetracht des überhöhen inländischen Preisniveaus bei der Anwendung des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb rechtsvorsichtig zu sein.

Aus den Ortsvereinen.

Stolp. Am 24. April feierte unser Ortsverein das Fest seines 50-jährigen Bestehens. Der Vorsitzende, Kollege Winkel, begrüßte die zahlreich erschienenen Kollegen, Familien und Gäste. Fräulein Donow sprach einen ausgezeichneten Prolog, der bei den Anwesenden reichen Beifall auslöste. Die Festrede hielt Kollege Schumacher Berlin, welcher die historische Entwicklung des Ortsvereins in kurzen Strichen zeichnete, aber auch auf die traurige Zeit, in der wir heute leben, in gebührender Weise hinwies und die Notwendigkeit treuen Zusammenhaltens hervorhob. Allen führenden Kollegen, die in diesen 50 Jahren gearbeitet haben, wurde bestens gedankt, sowie auch den Frauen, die durch die Tätigkeit ihrer Männer für die Organisation manches Opfer bringen mußten. Den Schluß der Ansprache bildete die Ehrung von 27 Jubilaren, die mehr wie 25 Jahre dem Verein angehörten. Als vierter Programmpunkt wurde ein Detektiv-Theaterstück gespielt, bei dem die Darsteller das Beste von sich gaben und durch reichen Applaus belohnt wurden. Der übliche Tanz hielt die Teilnehmer bis zum frühen Morgen zusammen. Es war ein wirklich gut gelungenes und vorzüglich verlaufenes Fest, welches in der schönsten Harmonie, ohne jede Störung, verlief. Trotz der schlechten Zeit war der Besuch ein überaus starker und ging jeder am frühen Morgen in dem Bewußtsein nach Hause, frohe Stunden in der Gewerkschaftsfamilie verlebt zu haben.

Kollegen!

Hilft Eure Beiträge pünktlich, damit Ihr Euer Anrecht auf Unterhaltung nicht verliert. Pünktliche Beitragszahlung in allen Fällen ist die erste Vorbedingung.

Die Beiträge sind folgend:

- für die 19. Beitragswoche vom 8. bis 14. Mai
- für die 20. Beitragswoche vom 15.—21. Mai
- für die 21. Beitragswoche vom 22.—28. Mai,
- für die 22. Beitragswoche vom 29. Mai bis 4. Juni

Jedes Mitglied ist verpflichtet, wöchentlich im Voraus einen Wochenbeitrag zu bezahlen.

Aufgabe des Kassierers ist es, immer vor dem 10. eines Monats die Abrechnung des letzten Monats und das Geld einzulösen; auch Teil-Geldsendungen im Laufe des Monats. Der Vorsitzende hat darauf zu achten, daß dies geschieht ist.



Einheitliche Vereins-Abzeichen

Alle unsere Mitglieder werden auf die einheitlichen Vereinsabzeichen hiermit aufmerksam gemacht. Die Vereinsnadel kostet das Stück 50 Pf. und werden dieselben auf Wunsch durch das Hauptbüro sofort den Vereinen zugestellt.

Desgleichen sind Jubiläumabzeichen für 25-jährige Mitgliedschaft in derselben Form mit Silberkranz und der Zahl 25 in der Spitze für 2,50 Mk. das Stück vom Hauptbüro zu beziehen.

betterentlassungen. Eine Belebung am Schnittholzmarkt in Ostdeutschland (Königsberg und Allenstein) war zum Teil nur vorübergehend. Die Beschäftigungsmöglichkeit in den Holz verarbeitenden Handwerken wird als unermindert ungünstig geschildert. Die Möbeltischler haben trotz Einräumung weitgehender Zahlungsfrist nur geringen Absatz.

Im ganzen sich auch nach den Feststellungen der Landesarbeitsämter die Beschäftigungsverhältnisse der Möbelindustrie noch immer ungünstig. Mit Fortfall der Luxussteuer und der Öffnung des Saargebiets auf Grund des mit Frankreich abgeschlossenen Provisoriums wird eine Geschäftsbelebung erhofft (S.-R. Berlin).

Die Bautätigkeit hat sich dem Vormonat gegenüber ein wenig gebessert. Die Arbeiten beschränkten sich aber in der Hauptsache auf Innenarbeiten und Reparaturen. Die Beschäftigungsmöglichkeiten für die Handwerker waren gering.

Der Geschäftsgang des Baustoffmarktes blieb noch immer verhältnismäßig still. Das Mauersteingeschäft hob sich etwas, während der Dachziegelabsatz schlecht blieb. Der Absatz der Kalkwerke hat teils zugenommen, teils nachgelassen. Der Absatz der Zementgeschäfte besserte sich leicht.

10 Gebote für Vorstände und Mitglieder.

1. Alles, was du nicht selbst tust, geschieht nicht.
2. Jede Veranstaltung gelingt, wenn sie gut vorbereitet ist. Bei Mißerfolgen muß die Schuld ausschließlich in den Mängeln der Vorbereitung gesucht werden.
3. Jede Bewegung muß mit modernen Mitteln arbeiten. Man muß die Scheu vor den Worten Werbearbeit und Fleiß überwinden. Man muß! Die Bewegung erfährt sonst Stillstand.
4. Eine moderne Organisation darf keine Schulden machen. Der Betrieb muß die Betriebskosten decken. Wie macht man das? Da sehet selbst zu.
5. Glaube nicht, daß du die Hauptperson sein müßtest. Arbeite und wirke, aber schiebe beständig jüngere Kräfte vor, damit sie lernen und zur Führerschaft heranwachsen. Wenn es dahin kommt, daß alles auf deinen Schultern liegt, so bilde dir nichts ein. Es ist kein gutes Zeichen für deine Fähigkeiten, sondern es beweist, daß du kein Organisator bist.
6. Wenn du ein Führer bist, so sei ein Muster an Treue im Kleinen. Wenn du Sitzungen leiten mußt, sei pünktlich zur Stelle. „Genialität“ ist der Ruin einer gesunden Geschäftsführung. Wenn du an führender Stelle hummelst, so schädigst du den Erziehungswert der Bewegung. Was du übernimmst, mußt du genau ausführen. In allen Geldfragen sei Bedant.
7. Wenn innere Kämpfe persönlicher Art entstehen, dann sage dir, daß es sich nur darum handeln kann, sie möglichst schnelligst aus der Welt zu schaffen. Sie durchkämpfen, heißt meist die Entwicklung der Organisation für lange Zeit lahmlegen.
8. Drei Sorten von Zeitgenossen sind beschwerlich: die Schwächer, die Uebermenschen und die Opponenten. Wie soll man sie behandeln? — Die Schwächer muß man ertragen, ohne die Liebeshwürdigkeit zu verlieren. Die Uebermenschen darf man nicht ernst nehmen, sondern behandle sie rücksichtsvoll wie Kranke. Den Opponenten gebe man zu arbeiten, bis sie positiv werden. — Wer direkt gegen die drei ankämpft, vergeudet seine Kräfte und bestärkt sie nur in ihrer Berlehrtheit. Man lasse ruhig die Schwächer schwachen, die Uebermenschen renommieren und die Opponenten negieren. Das schadet zu unserer Arbeit, wie das Reischen der Maschine zum Sägewerk. — Nur ruhig Blut! Positive Leistungen stopfen alle Mäuler.
9. Wer hätte noch nie die Stimme der Bremser gehört? Sie sagen: „Dafür ist hier kein Boden“. Oder: „Prinzipiell bin ich ganz Ihrer Meinung, aber aus tatsächlichen Gründen rate ich dringend ab.“ — Holla! meine Herren, Sie vergessen ein: Nur durch eine Reihe von Mißerfolgen geht der Weg zum Erfolg. Etwas Draufgängertum ist nötig. Hufarengest!
10. Die meisten Bewegungen bergen die Gefahr, daß man sich begnügt, denjenigen, die tätigen Anteil nehmen, allerhand Schönes ins Gesicht zu bieten. Was geschieht aber für die Tausende, die von der Bewegung nichts wissen? Ist es nicht eine Lebensfrage, gerade die heranzuziehen, die noch fern stehen? Bitte, was geschieht in dieser Richtung? Es muß am Anfang des Quartals die Doppel-Frage gestellt werden: Was ist geschehen, um die der Bewegung Fernstehenden auf die Organisation aufmerksam zu machen? Und: Was muß noch mehr geschehen?